

## Pressemitteilung

vom 18.03.2020

### **Kirchliche und staatliche Unterstützung für die Träger der politischen Bildung notwendig!**

*Der AKSB-Vorsitzende Gunter Geiger fordert Maßnahmen zur Sicherung der Infrastruktur für politische Bildung angesichts der Corona-Pandemie*

Die politische Bildung in kirchlicher Trägerschaft wird durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigt. Zahlreiche Häuser sind bereits geschlossen; Veranstaltungen und mehrtägige Seminare müssen entfallen und der Tagungsbetrieb wird eingestellt.

Die ungewisse Dauer macht den einzelnen Trägern besonders zu schaffen. „Politische Bildung vermittelt Wissen, das auch zukünftig dringend gebraucht wird“, so der Vorsitzende der AKSB, Gunter Geiger. Er fordert deshalb die Aufnahme von gemeinnützigen Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft unter den Rettungsschirm der Bundesregierung. „Die Pandemie darf nicht dazu führen, dass die Infrastruktur für die politische Bildung dauerhaft in Mitleidenschaft gezogen wird“.

Der Vorsitzende der AKSB lässt keinen Zweifel daran, dass die beschlossenen Maßnahmen notwendig sind, um größeres Leid, besonders für die Schwächeren unserer Gesellschaft, abzuwenden.

„Aber Werte wie Solidarität und die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die gerade jetzt besonders gefragt sind, sowie Bildungsarbeit gegen Rassismus und Extremismus kommen nicht von ungefähr. Sie müssen auch in Zukunft mit einem pluralen Bildungsangebot gefördert werden“. Auch die jeweiligen kirchlichen Träger sieht er in der Pflicht, durch subsidiäre finanzielle Unterstützung die katholische Bildungslandschaft zu erhalten.

Im Namen des Vorstandes fordert der Vorsitzende des katholischen Fachverbands der politischen Bildung, der über 60 Mitglieder bundesweit vertritt, insbesondere:

- die unbürokratische Auszahlung von Fördermitteln, um den Einrichtungen weiterhin Planungssicherheit zu gewährleisten.
- Auszahlung von Abschlägen, damit die Liquidität der Träger erhalten bleibt und eine dauerhafte Schließung abgewehrt wird.
- Liquiditätshilfen und Bürgschaften für gemeinnützige Einrichtungen in freier Trägerschaft.

Die AKSB werde für diese Forderungen den Schulterschluss mit anderen Trägern der politischen Bildung suchen. Eine besondere Verantwortung besteht aus Sicht des Vorsitzenden der AKSB für die freiberuflich Tätigen in der politischen Bildung. „Sie sind besonders gefährdet, weil ihnen die Auftragsgrundlage entzogen wird. Sie waren in der Vergangenheit für uns sehr verlässliche Partnerinnen und Partner. Die Sicherung ihrer freiberuflichen Existenz ist deshalb ebenfalls ein Gebot der Stunde“.

Ansprechpartner: Dr. Karl Weber  
AKSB-Geschäftsführer  
Tel.: 0228 2892948  
Mail: weber@aksb.de